

# Märmer-Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Er erscheint wöchentlich zweimal: Mittwoch und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 0.85 Mk.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Köpchen.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Köpchen.  
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Köpchen Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 2232

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Restmetall 15 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

Nr 27

Mittwoch, den 6. April 1927.

40. Jahrgang.

## Neue Pläne zum Wohnungsbau.

Zu den Plänen, mit Hilfe amerikanischer Kapitalkräfte an verschiedenen Stellen im westlichen Reich Wohnungsbauarbeiten auszuführen, wird uns von besonderer Seite geschrieben:  
„Gleichzeitig ist es nicht um unserer „schönen Augen“ willen, wenn eine amerikanische Kapitalistengruppe es überhoben will, uns in unserer Wohnungsbauarbeit zu Hilfe zu kommen und zunächst in Berlin, aber — wenn man dort mit dem Magistrat zum Abschluß kommt — auch an der Ruhr, im sächsischen Zwickau, in Göttingen und an anderen dringender Wohnmangel mit dem Bau zahlreicher Wohnungen zu finanzieren. Zuerst wollen die Amerikaner auf dem Berlin-Schöneberger Südgelände 14 000 Wohnungen errichten lassen, von denen ein Viertel Zweifamilienwohnungen, weitere 25 % Dreifamilien, die nächsten 25 % Vierfamilien und Berlin ist von dem Augenblick an, an dem die Wohnhäuser fertig sind, der Träger des Risikos, weil sich die Amerikaner die Sache so denken, daß sie die Wohnungen der Stadt Berlin vermieten, diese also eine bestimmte, vorher genau vereinbarte Miete für jede Wohnung zahlen und sich selbst weitervermieten. Nach einer Reihe von Jahren, in denen sich das finanzielle amerikanische Kapital verzinst und amortisiert, wird die Stadt dann Eigentümerin der Häuser.“

Berlin braucht, wie mehrfach berechnet ist, zurzeit mindestens 180 000 neue Wohnungen und plant für 1927/28 die Errichtung von 27 000; freilich ist durchaus möglich, ob das Geld hierfür vorhanden ist. Am ganzen Reich ist der Wohnungsbedarf mit rund einer Million wohl nicht zu hoch beziffert. Die Bauwirtschaft in der jetzt beginnenden Saison läßt sich aber sehr leicht an, da ebensowohl die Preise für Baumaterialien als auch die Löhne nicht unerheblich gestiegen sind. Wenn also die Amerikaner mit einer solchen Investition sich die Herstellung der Häuser rechnen, so können sie sich damit vielleicht ganz gehörig verpekulieren; aber — das wäre ihre eigene Sache. Bei der dringenden, vielfach geradezu unerträglichen Wohnungsnot erübdene eine Innerführung durch ausländisches Kapital vielleicht trauer, wenn die Bedingungen, unter denen es uns zur Verfügung gestellt wird, keine halbsoberbedeutend bedeuten. Jeder Anstoß, den die Bauwirtschaft in Deutschland erfährt, ist schon deswegen zu begrüßen, weil die Bauindustrie eine besonders vielfältige Abnehmerin von Erzeugnissen zahlreicher anderer Industriezweige ist.

Aber so ganz bedenkenlos bleibt das amerikanische Angebot denn doch nicht. In ganz Deutschland sind Wohnungen gebaut worden unter Kosten, die erheblich höher sind als diejenigen, die jetzt die Amerikaner in Aussicht nehmen. Hoffen sie doch, die Mietpreise so niedrig halten zu können, daß diese nur 120 % der Friedensmieten für gleichartige Wohnungen ausmachen. Das würde natürlich ein andauerndes Experiment auf diesem Gebiet. Ganz auf die letzte Achsel sollte man das finanzielle Risiko auch nicht nehmen, das den Gemeinden auferlegt wird, wenn die Wohnungen bezugbar sind. Denn eine wichtige, wohl die wichtigste Frage bei der Wohnungsbau ist in die unbefristete Zukunft, daß es zehnjährige oder zwanzigjährige Mietverträge gibt, so ist es zu erwarten, daß ein großer Teil des Einkommens für die Miete aufgegeben werden müßte. Gerade aus diesem Grunde hat sich das Privatkapital den Wünschen des Staatsträgers gegenüber recht zurückhaltend verhalten.  
Wenn es also auch an schwerem Bedenken gegen die amerikanischen Pläne nicht fehlt, so ließe sich doch immerhin einmal ein kleines Experiment in genau festgelegtem Rahmen wagen. Das könnte der Anfang zu der dringend notwendigen allgemeinen Bekämpfung des Wohnungsmangels sein.

## Die Belastung des Rheinlandes.

Schlechte Wirtschaftslage der Rheinprovinz.  
Bei der Errichtung des 73. Rheinischen Provinzialparlamentes in Düsseldorf führte der Oberpräsident der Rheinprovinz, Dr. Frick, in seiner Ansprache u. a. aus: Entgegen unserer berechtigten Ansprüche und entgegen den Erwägungen wirtschaftlicher und politischer Vermittlung steht die fremde Belastung noch immer mit 75 000 Mann auf dem Rhein und mit der Überwindung

fast innerhalb unserer Provinz. Wir würdigen es, daß bei manchen Stellen der Befehlshaber die Wille vorhanden ist, das Besatzungsregime für die Bevölkerung erträglicher zu gestalten. Aber abgesehen davon, daß eine so unerfüllbare Forderung überhaupt unzulässig ist, eine solche Aufgabe, die sich bringen, ist schon die bloße Tatsache, daß sieben Jahre nach Eintritt des Friedens noch fremde Truppen in einem der ältesten Kulturländer liegen, völlig unfähig und niederziehend. So sehr wir auch die Befreiung ersehnen, so mühen wir doch eine vorzeitige Räumung nicht an Kosten des Gesamtvolkes erziehen; wir möchten die Befreiungsarbeiten feinstufig verläßt wissen um den Preis wirtschaftlicher oder politischer Forderung von unbegrenzter Dauer. Dabei sehen wir aber in die angebotenen Stellen von Reich und Land das feste Vertrauen, daß sie nach wie vor nachdrücklich einsetzen für die Errichtung der Rückrichtungen, die uns freierlich zuzugestimmt und bisher nur allzuwenig in die Erscheinung getreten sind.

Zur wirtschaftlichen Frage erklärte der Oberpräsident: Die berechtigten Klagen, daß die besetzten Gebiete ihre während des schweren Krieges verlorenen inneren Wirtschaftskräfte nicht wieder erlangen können, wollen nicht verschweigen. Demgegenüber dürfen wir von dem von der Befreiung und sonstigen unmittelbaren Einwirkungen unserer ehemaligen Gegner verstoßen gebliebenen Deutschland erwarten, daß es für unsere Lage ausreichendes Verständnis zeigt. Vor allem haben wir nach Anlaß, darauf hinzuweisen, daß wir kein unheilvolles Zustand sind, von dem man sich vorzeitig fernhält. Unsere ausgezeichneten Kurorte und herrlichen Sommerfrischen sollten die deutschen Reisenden zum mindesten gerade so anziehen wie die ausländischen Gäste. Deutlich prägt sich im Verhältnis zu den letzten Kriegsjahren die besonders schlechte wirtschaftliche Lage der Provinz aus in der Verfassung des rheinischen Arbeitsmarktes. Die Rheinprovinz hat über 226 000 Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosen- und Kriegenteilnahme, demnach 38 Erwerbslose auf das Tausend der Einwohnerzahl gegen nur 33,2 im Reichsdurchschnitt.

## Maginot gegen Räumung des Rheinlandes.

Am Verlaufe einer öffentlichen Veranstaltung der Patriotenliga in Paris wurde der ehemalige Kriegsminister Maginot das Wort erteilt und sich gegen die Räumung des linken Rheinufer vor Ablauf der durch den Versailler Friedensvertrag festgelegten Fristen ausgesprochen, da eine derartige Räumung ein wahres Verbrechen gegen das Vaterland und ein Verbrechen gegen Polen wäre. Er sei nicht Gegner der deutsch-französischen Annäherung, wenn auch das Wort Annäherung in seinen Ohren schlecht klinge. Aber wenn diese Annäherung mit der Aufhebung der französischen Besetzung des linken Rheinufer bezahlt werden müßte, dann sei er für die Beibehaltung der französischen Truppen am Rhein.

## Amerika und der Weltkrieg.

Anläßlich des zehnten Jahrestages des Eintritts Amerikas in den Weltkrieg hat die New Yorker „World“ führende Männer der ganzen Welt um ihre Ansicht über die Bedeutung dieses Ereignisses gebeten. Von den 14 in der „World“ erschienenen Antworten General Ludendorff: Die amerikanische Volk ist nicht in den Krieg eingetreten, sondern durch Wilson auf Befehl der Juden, Freimaurer und Jesuiten mittels einer Lügenpropaganda auf den Leim gelockt und wie Vieh zur Schlachtbank geführt worden. Was die Frage anbelangt: Amerikas Eintritt entschied die Niederlage Deutschlands und indirekt dadurch ganz Europa. Der Friede ist jetzt nicht mehr gesichert als früher. Amerika hat zur Sicherung des Friedens weniger beigetragen als zur Besiegung Deutschlands. Der ehemalige Deutsche Kaiser antwortet durch den Admiral von Reber mit dem altenglischen Sprichwort: Karren eilen vorhin, wo Engel stürzen, hinzugehen.

## Stresemann über die Konfordsfrage.

Für Staatshöflichkeit in der Schulpolitik.  
Auf einer Kulturtagung der Deutschen Volkspartei nahm Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort, um sich über einige kulturpolitische Fragen zu äußern. Er glaube, daß die große Bedeutung dieser Frage auf dem inneren Gebiet deutschen Geistes liegt. Nach dem Vorgang in Preußen bestehe sie nicht mehr: Reichskonfordsordner oder nicht, sondern Reichskonfordsordner oder Landeskonfordsordner, und müsse lebensfähig sein. Die Parteiarbeit müsse jetzt ganz bewusst auf die Frage des Konfords hin gerichtet werden. Er sei der Überzeugung, daß der Einfluß der Volkspartei in diesen Fragen weit über ihre Grenzen hinausgehe. Die Volkspartei werde durch ihre Stellung bestimmen können, was andere große Parteien in diesen Fragen tun. Diese Fragen seien so bedeutend, daß auch ein Parteitag der Deutschen Volkspartei sich mit ihnen befassen müsse.

In einer Entschiedenheit bekennend sich der Reichsschulratschluß der Deutschen Volkspartei auf heute zu dem Gedanken der Staatshöflichkeit auf dem Gebiet der Schulpolitik. Mit diesem Gedanken, so wird in der Entschiedenheit weiter betont, ist der Absicht eines Konfords mit der katholischen Kirche, das auf das Schulgebiet überzutreten, unvereinbar. Der amtliche Einfluß der Kirche auf

den Religionsunterricht muß in eine Form gebracht werden, wodurch die letzte Entscheidung über Zahl der Religionsstunden, Lehrplan, Lehrbücher und dergleichen dem Staate verbleibt. Insbesondere darf dieser Einfluß der Kirche auf den Religionsunterricht nicht zu einer Kontrolle der Religionslehrer übersteigert werden.

## Die Begrenzung der Luftstreitkräfte.

Annahme eines schwebischen Vermittlungsvorschlages.  
Der Vorbereitungsansatz der Abrüstungskonferenz in Genf einige Tage nach längerer Ausbreitung über die Begrenzung der Luftstreitkräfte auf einen schwebischen Vermittlungsvorschlag, demgemäß für die Flugzeuge jedes einzelnen Staates in zwei Kolonnen Höchstzahlen einmal für die Flugzeuge selbst und dann für die Gesamtmotorleistung in Pferdestärken und außerdem in einer dritten Kolonne für die Luftschiffe eine Höchstzahl für das Gesamtvolumen vereinbart werden soll. Der Kommissionsvorschlag, der sofort die entscheidende Unterzeichnung der amerikanischen und der deutschen Delegation gefordert wurde und dem im Prinzip auch die meisten anderen Delegationen zustimmten, wurde schließlich in erster Lesung unter Vorbehalten Englands, Italiens, Japans und Rumaniens angenommen.

## Muster gültiges deutsches Postwesen.

Jeder Deutsche schreibt jährlich 120 Briefe.  
Auf der in Berlin stattfindenden Post- und telegraphischen Woche sprach Staatssekretär Sauter über Kulturaufgaben der Post und Telegraphie. In seinen Ausführungen hob der Staatssekretär hervor, daß Deutschland in Bezug auf seine Postanstalten an zweiter Stelle in der Welt stehe. Vor ihm marschiere nur noch Amerika. Auf 2000 Einwohner kommt in Deutschland jeweils ein Postamt und auf einen Einwohner kommen 120 Briefe im Jahr gegen 150 in Amerika. Im Vergleichswesen steht Deutschland allerdings an fünfter Stelle. Die Spitze nehmen wieder die Vereinigten Staaten ein.  
Reichspostminister Dr. Schäfer, der die Teilnahme an der Tagung vorher begrüßt hatte, vertrat in seiner Begrüßungsansprache mit Nachdruck den Standpunkt des Berufsbeamten, das aber modern sein müsse. Die Post sei heute ein Urvort, in dem auch der kleinste Teil der Bevölkerung einreden müsse. Nur so könne schließlich eine ausreichende Entlohnung des Ganzen gewährleistet werden.

## König Ferdinands Krankenlager.

Staatsrechtlich-pläne des Reichspräsidenten.  
Die Nachrichten, die aus Bukarest vom Krankenlager des Königs Ferdinand kommen, sind sehr widersprechend. Während einige Meldungen davon wissen wollen, daß der Krankheitszustand des Königs zu direkten Verortungen keinen Anlaß bietet, wissen andere Nachrichten dar-



über zu berichten, daß der Zustand des Königs sehr ernst ist und daß mit seinem Ableben täglich geredet werden muß.  
Der Berliner „Matin“ läßt sich aus Bukarest melden, daß Reichspräsident General Averescu in Rumänien einen Staatsbesuch vorbereite. Der General habe eine ganze Reihe von Maßnahmen durchgeführt, die in allen politischen Kreisen in Rumänien Begeisterung hervorgerufen hätten. Nach dem „Matin“ glaube in Bukarest niemand daran, daß der im Jahre 1926 nach der Kronenfassung des Prinzen Karol eingeseßte Regierungschef im Falle des Todes des Königs die Regierung übernehmen könne.

## Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Die Ernährungslage in Deutschland.  
In einer Verammlung des Landesverbands-Parteitages der Deutschnationalen Volkspartei in Giesfelden hielt Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Schiele eine Rede über innen- und außenpolitische Gegen-





3. Die Bestimmungen des § 6 finden auf die Berechnung der Einzelwerte fümgenähe Anwendung.  
Die Steuerfumme wird auf volle 10 Reichspfennig nach oben abgerundet.

§ 18.  
**Nach dem Werte.**

1. Für das Galtzen
1. eines Schanz, Scherz, Spiels, Gefchäftlichkeits-, oder ähnlichen Apparats,
2. einer Vorrichtung zur mechanischen Wiedergabe musikalischer Töne od. Melodien (Klavier-Apparat, Sprechapparat, Phonograph, Graphophon u. a.),
3. einer Musikempfangsanlage an öffentlichen Orten, in Gast-, Schankwirtschaften sowie in sonstigen jedermann zugänglichen Räumen wird die Kaufsteuer nach dem bauernden gemeinen Wert des Apparats, der Vorrichtung oder der Anlage berechnet.
2. Die Steuer beträgt für jeden angefangenen Betriebsmonat
  - a. für die zu 1 bezeichneten Apparate  $\frac{1}{2}$  vom Hundert,
  - b. für die zu 2 und 3 bezeichneten Vorrichtungen  $\frac{1}{2}$  vom Hundert des Werts.
3. Der Steuerfelle bleibt les überlassen, anstelle der im Abs. 2 bezeichneten Sätze den Steuerbetrag mit dem Pächter zu vereinbaren.
4. Die Steuer ist innerhalb der ersten Woche jedes Monats zu entrichten.
5. Der Eigentümer oder derjenige, dem der Apparat oder die Vorrichtung von dem Eigentümer zur Ausnutzung überlassen ist, hat die Anstellung des Apparats oder der Vorrichtung spätestens nach einer Woche der Steuerfelle anzuzeigen. Die Bestimmung des § 4 Abs. 3 bleibt unberührt.
6. Auf Verkaufsfellen und Spielbolen von geringem Umfang, die lediglich bestimmte Spiele spielen, finden die Bestimmungen der Abs. 1 bis 5 keine Anwendung.

§ 19.  
**Nach Zahl der Mitwirkenden.**

1. Für Musikvorträge von nicht mehr als 3 Mitwirkenden in Gast- und Schankwirtschaften, öffentlichen Vergnügungsalen, Buben oder Jellen ist eine Steuer von 20 Reichspfennig für den Tag von jedem Mitwirkenden zu entrichten.
2. Für gewerbemäßige Gesänge und Musikvorträge, die in öffentlichen Orten, in Gast- und Schankwirtschaften, öffentlichen Vergnügungsalen, Buben oder Jellen sowie auf Höfen von Wohnhäusern dargeboten werden, ist eine Steuer zu entrichten, die bei einem oder zwei Mitwirkenden — 20 Reichspfennig, bei drei Mitwirkenden — 25 „ bei vier oder fünf Mitwirkenden — 30 „ und bei jedem weiteren Mitwirkenden — 20 „ für den Tag beträgt.
3. Steuerpflichtige Vorträge der im Abs. 2 bezeichneten Art sind von den Unternehmern vor Beginn der Steuerfelle anzumelden. Haben die Unternehmer solcher Vorträge an einem Tage bereits in einer anderen Gemeinde Steuer entrichtet, so sind sie von der weiteren Steuer befreit. Ueber die Entrichtung der Steuer haben sie sich auszuweisen.
4. Gelegentliche Gesänge und Musikvorträge auf öffentlichen Wegen, Straßen und Plätzen sowie auf Höfen und Wohnhäusern sind steuerfrei.

§ 20.  
**Nach der Größe des benutzten Raumes.**

1. Wenn die im § 1 Abs. 2 bezeichneten Veranstaltungen — insbesondere Tanzveranstaltungen, Varietés, Zingeltanz, Cabarets, Konzerte und dergleichen — im wesentlichen der Gewinnerzielung aus der Verarbeitung von Speisen und Getränken oder wenn sie der Unterhaltung der Vereinsmitglieder und dergleichen dienen, wird die Kaufsteuer nach der Größe des benutzten Raumes erhoben. Die Größe des Raumes wird festgesetzt nach dem Flächeninhalt der für die Vorrichtungen und die Zuschauer bestimmten Räume einschließlich der Gänge, Logen und Gallerien, Wandelgänge und Erfrischungsräume, aber ausschließlich der Bühnen- und Kassenräume, der Kleiderablagen und Aborte. Findet die Veranstaltung ganz oder teilweise im Freien statt, so sind von den im Freien gelegenen Flächen nur die für die Vorführung und die Zuschauer bestimmten Flächen einschließlich der dazu erforderlichen Wege und der angrenzenden Veranden, Zelte und ähnliche Einrichtungen anzurechnen.
2. Die Steuer beträgt eine Reichsmark für je 10 Quadratmeter Veranstaltungsfläche, soweit sie gemäß Abs. 1 Satz 3 anzurechnen sind, wird die Hälfte dieser Sätze in Ansatz gebracht.
3. Bei längerer Dauer oder bei fortlaufender Aufeinanderfolge der Veranstaltung gilt jeder angefangene Zeitraum von 3 Stunden als eine Veranstaltung. Bei Veranstaltungen, die mehrere Tage dauern, wird die Steuer für jeden angefangenen Tag besonders erhoben.
4. Ist die Berechnung der Steuer nach Absatz 1 bis 3 schwer durchführbar, so kann die Steuerfelle den Steuerbetrag mit dem Unternehmer vereinbaren.

§ 21.  
**Entrichtung.**

1. Die Kaufsteuer (§§ 16 bis 20) ist bei der Anmeldung (§§ 4, 18 Abs. 5, § 19 Abs. 3) zu entrichten und wird erstattet, wenn die Veranstaltung nicht stattfindet. Der Erteilung eines förmlichen Steuerbescheides bedarf es nicht.
2. Die Bestimmungen des § 8 Abs. 3 und der §§ 14 und 15 finden entsprechende Anwendung.

**IV. Sondersteuer nach der Bruttoeinnahme.**  
§ 22.

**Steuer für künstlerisch hochstehende Veranstaltungen.**

1. Künstlerisch hochstehende Veranstaltungen, deren Geschäfts- und Kassenführung den Anforderungen entspricht, die an kaufmännisch geleitete Unternehmen hinsichtlich gestellt werden, werden zu einer Steuer von 5 vom Hundert der Bruttoeinnahme herangezogen.
2. Darüber, ob es sich um künstlerisch hochstehende Veranstaltungen handelt und ob die Voraussetzungen ordnungsmäßiger Geschäfts- und Kassenführung erfüllt sind, entscheidet die Landesregierung oder die von ihr beauftragte Behörde.

**V. Gemeinsame Bestimmungen.**  
§ 23.

**Steuerpflicht und Haftung.**

Steuerpflichtig ist der Unternehmer der Veranstaltung. Wer zur Anmeldung verpflichtet ist, ohne selbst Unternehmer zu sein, haftet neben dem Unternehmer als Gesamtschuldner.

§ 24.  
**Steueraufsicht.**

Auf die im § 23 bezeichneten Personen und auf die Teilnehmer an einer steuerpflichtigen Veranstaltung oder einer Veranstaltung, für die g. u. a. § 2 Nr. 2, 3, 4 oder 7 Steuerfreiheit beansprucht wird, finden die Vorschriften der §§ 193 bis 201 der Reichsabgabenordnung fümgenähe Anwendung.

§ 25.  
**Erlaß und Erstattung der Steuern.**

Zur Vermeidung außergewöhnlicher Härten kann die Gemeinde für bestimmte Arten von Veranstaltungen sowie in besonders gerechten Einzelfällen die Steuer ermäßigen, erlassen oder erstatten.

§ 26.  
**Streifen.**

Steuerzweckhandlungen (§ 356 der Reichsabgabenordnung) werden ebenso bestraft wie die Zweckhandlungen gegen Reichssteuergefehe.

§ 27.

Diese Steuerordnung tritt mit dem Tage der Veröffentlichung in Kraft.

Nebra, den 11. Januar 1927.

**Der Magistrat.**

ges. Statmann, Hankel, Franke, Föhrigen, Hohlheim.

**Beschluß.**

Die von den städtischen Körperschaften in Nebra am 23. November 1926 beschlossene Ordnung über die Erhebung einer Vergnügungssteuer im Bezirk der Stadtgemeinde Nebra a. M. ist mit dem Beschlusse des Magistrats vom 16. Februar 1927 genehmigt.

Merseburg, den 16. Februar 1927

**Der Bezirksausschuß zu Merseburg**

(Siegel)

B. A. 680/27.

In vorliegender Genehmigung spreche ich auf Grund des § 77 Absatz 3 des Kommunalabgabengesetzes vom 14. Juli 1893 in der Fassung der Novelle vom 26. August 1921 und der mir durch Erlaß der Herren Minister des Innern und der Finanzen vom 26. Juni 1907 erteilten Ermächtigung meine Zustimmung zunächst bis zum 31. Dezember 1927 aus mit dem Vorbehalt, auf Antrag vor Ablauf der Frist die Zustimmung gegebenenfalls zu verlängern und mit der Maßgabe, daß aus dieser Zustimmung keine Ansprüche irgend welcher Art gegen den Staat oder das Reich auf Gewährung der Steuerertrags oder in ähnlicher Beziehung hergeleitet werden können.

Magdeburg, den 2. März 1927

**Der Ober-Präsident der Provinz Sachsen.**

(Siegel)

O. P. 8051 C.

Wird veröffentlicht.

Nebra, den 31. März 1927

Der Magistrat. Statmann.

## Modehaus

# Ausnahme-Angebot

für einen grossen Posten

## Herren- u. Knaben-Anzüge

Solche werden teils zur Hälfte des Preises verkauft, um Platz für tägl. Neueingang zu schaffen!

## Elegante Massanzüge

in formvollendeter Ausführung

preiswert

D  
I  
E  
S  
K  
A  
U

## Allgemeine Anerkennung

findet meine Großstadtauswahl in

## Damenmäntel und Kleider

(auch für Kinder)

Täglich kommen neue Muster und Farben auch in Woll- u. Seidenstoffen, Waschseide u. Wollmusselin

Der Frühjahrs-Verkauf ist in vollem Gange!

Die günstigen Preise ziehen!

## Artern.

**Bekanntmachung.**  
Die Dachrinnen und Fenster des alten Schulgebäudes sollen gestrichen werden. Kostenschätze sind sofort einzureichen.  
Nebra, den 5. April 1927.  
Der Magistrat. Statmann.

**Zur Konfirmation**  
empfiehlt  
**Carragona**  
(Südwien)  
die Flasche nur Mk. 1.40  
**Wwe. Meitz.**

**Glückwunschkarten**  
zur Konfirmation mit Namensdruck, ferner:  
**Vitalkarten**  
als Geschenk für Konfirmanden empfiehlt in reicher Auswahl  
**Wilhelm Sauer, Rossleben.**

**Der Deutsche Kundfunk**  
Größte Funkzeitung mit allen Programmen und großem Unterhaltungs- und Balzerteil. Nur 50 Pf. jede Woche. Bestellung bei jedem Postamt und in jeder Buchhandlung. Probenummern kostenlos vom Verlag Berlin N 24

**Zur Konfirmation und für die Osterfeiertage**  
empfiehlt:  
Frucht- und Gemüsekonerven  
Stangen-, Schnitt- u. Breshpargel  
Weinbrand u. Weinbrand-Berschnitt, Liköre  
sowie  
familiäre Badewaren  
in guter Qualität, zu soliden Preisen.  
**Wwe. Meitz.**

Liefere prima  
**Chaiselongues**  
mit 16 Kegeln u. 14 Angeln, in la Polsterung und Bezug, zum Preise von Mark 60.— (zehn Monatsraten). Vertreter kommt ins Haus. — Angebote an die Nebraer Geschäftsfelle.

Mittwoch  
**frischen Fisch.**  
Herrmann.

**Gänglingsfürsorge**  
Beratungsfunde  
Freitag, 8. April, 8 Uhr  
im „Matsteler“.

Mittwoch und Donnerstag  
**frischen Fisch.**  
E. Kropp, Bahnhofstr. 9.

**Bruteier**  
von hochpräparierten Induten:  
Rhodeländer und rebhuhnfarbige Stallener, gibt ab  
Gräbe, Preis.

**Der kleine Rosengarten**  
Volkslieder von Hermann Löns  
Ausgabe für Klavier  
von Fritz Jöbe Nr. 3  
Buchhandlung Wilhelm Sauer, Krosleben.

# Neuroer Anzeiger

Amliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erheint wchentlich zweimal: Mittwoch und Sonntag  
mit den illustrierten Wochenbeilagen  
„Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“  
Bezugspreis fr einen Monat:  
Bei der Gchftsstelle und den Postanstalten 0,85 Mt.

Schriftleitung: Wihl, Sauer in Kogleben.  
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Kogleben.  
Gchftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.  
Fernsprecher: Amt Kogleben Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 5 Pf.,  
die 90 mm breite Millimeterzeile im Rahmen 15 Pf.  
Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.  
Bankkonten:  
Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artzen.

Nr. 27

Mittwoch, den 6. April 1927.

40. Jahrgang.

## Neue Plne zum Wohnungsbau.

Zu den Plnen, mit Hilfe amerikanischer Kapitalfrfte an verschiedenen Stellen im Deutschen Reich Wohnungsbau anzuftihren, wird uns von besonderer Seite gefchrieben:

„Gewi geht es nicht um unserer „schnen Augen“ willen, wenn eine amerikanische Kapitalgesellschaft es bernehmen will, uns in unserer Wohnungsnote zu Hilfe zu kommen und zunchst in Berlin, aber — wenn man dort mit dem Magistrat zum Abschluf kommt — auch an der A 11, im sckstlichen Sndstriftengebiet und an anderen Pltzen bringender Wohnungsbau den Bau zahlreicher Wohnungen zu finanzieren. Zuerst wollen die Amerikaner auf dem Berlin-Schneberger Sckgelnde 14 000 Wohnungen erditen lassen, von denen ein Viertel Zweizimmerwohnungen, weitere 25 % Dreizimmer, die nchsten 25 % Vierzimmer — und der Rest Fnfzimmerwohnungen sein sollen. Die Stadt Berlin ist von dem Augenblick an, an dem die Wohnhuser fertig sind, der Trger des Risikos, weil sich die Amerikaner die Sache so denken, da sie die Wohnungen der Stadt Berlin vermieten, diese also eine bestimmte, vorher genau vereinbarte Miete fr jede Wohnung zahlen und nur selbst weitervermieten. Nach einer Reihe von Jahren, in denen sich das hineingelegte amerikanische Kapital verzinst und amortisiert, wird die Stadt dann Eigentimerin der Huser.

Berlin braucht, wie mehrfach berechnet ist, zurzeit mindestens 180 000 neue Wohnungen und plant fr 1927/28 die Erdringung von 27 000; reichlich ist durchaus unfrher, ob das Geld hierfr vorhanden ist. Im ganzen Reich ist der Wohnungsbedarf mit rund einer Million wohl nicht zu hoch beziffert. Die Bauittigkeit in der jetzt beginnenden Saison lft sich aber sehr lscht an, da ebensowohl die Preise fr Baumaterialien als auch die Lhne nicht unmerklich gestiegen sind. Wenn also die Amerikaner mit einer leisen Hoffenung fr die Verfertigung der Huser rechnen, so kommen sie sich damit wieder ganz gebrg verpekulieren; aber — das wre ihre eigene Sade. Bei der bringen, vielfach getadelt und durch ausstrisches Kapital vielfach frtger, wenn die Wohnungen, unter denen es uns zur Verfgung gestellt wird, keine Gatsobjekte bereiten. Jeder Anst, den die Bauittigkeit in Deutschland erfahrt, ist schon deswegen zu begruen, weil die Bauindustrie eine besonders vielfeigliche Abnehmerin von Erzeugnissen zahlreicher anderer Industriezweige ist.

Aber lo geht bedeutendes bleibt das amerikanische Angebot denn doch nicht. In ganz Deutschland sind Wohnungen gebaut worden unter Kosten, die erheblich hher sind als diejenigen, die jetzt die Amerikaner in Aussicht nehmen. Sollen sie hoch, die Mietpreise so niedrig halten zu knnen, das liee nur 120 % der Friedensmieten in den fr gleichartige Wohnungen ausmachen. Das wrde natrlich den Wberhand gegen eine weitere Verfestigung der Mietpreise erheblich verfrken, also dadurch die unter gnzlich anderen finanziellen Verhltnissen lebenden Hausbesitzer auf den Balken rufen. Allerdings kommt doch nur eine geringe Zahl von Familien auf recht geringe Zahl von Neubauten in Frage; sollen doch nach den Plnen des preussischen Wohlfahrtsministeriums allein im Jahre 1927/28 rund 250 000 Wohnungen gebaut werden. Erster ist aber das andere Bedenken, das gegen den amerikanischen Plan vorzubringen wre: die Huser geben nach Amortisierung des hineingelegten Kapitals in den Weg der Stadt Berlin. Ebenso wre es anderwrts kein, wo die Amerikaner noch bauen wrden, also die Bauten spter in den Weg der Gemeinden kommen. Die Kommunen haben ja vielfach das Vetreben, Haus- und Grundbesitzer zu werden, und die „ffentliche Hand“ hat sich hierbei vielfach bettigt. Finanzteil lobens ist das gewi nicht, solange die Wohnungswirtschaftlich besteht. Man denkt dabei an manches verunglckte Experiment auf diesem Gebiete. Ganz auf die leichte Mafel sollte man das finanzielle Risiko auch nicht nehmen, das den Gemeinden auferlegt wird, wenn die Wohnungen bezugbar sind. Denn eine ist in die unabhrtene Sade, das es zahlreiche leerer Wohnungen gibt, aber diese selber lo zu erfind, das ein vielzu groer Teil des Einkommens fr die Miete angewendet werden mufe. Gerade aus diesem Grunde hat sich das Privatkapital den Wnschen des Bauamtes gegenber recht zurckhaltend verhalten.

Wenn es zu schweren Bedenken gegen die amerikanischen Vorschlg nicht fehlt, so liee sich mgliderweise einmal ein kleines Experiment in genau festgelegter Mafen wagen. Das knnte der Anst zu dem bringend notwendigen allgemeinen Belegung des Bauwesens sein.

## Die Belastung des Rheinlandes.

Schlechte Wirtschaftslage der Rheinprovinz.  
Bei der Erffnung des 73. Rheinischen Provinziallandtages in Dffeldorf fhrte der Oberprsdent der Rheinprovinz, Dr. Fuchs, in seiner Ansprache u. a. aus: „Entgegen unserer berechtigten Anfrhden und entgegen den Ermahnungen wirtschaftlicher und politischer Verbände liegt die ferne Belastung noch immer mit 75 000 Mark auf dem deutschen Boden und mit der berwiegen-

Zahl innerhalb unserer Provinz. Wir wrdigen es, das bei manchen Stellen der Belastungsmafie der Wlle vorhanden ist, das Belastungsregime fr die Bevllkerung ertrglicher zu gestalten. Aber abgesehen davon, das eine lo mehrst starke Truppenbelegung zwangslufig eine ungeheure Belastung mit sich bringt, ist schon die bloe Tatsache, das sieben Jahre nach Eintritt des Friedens noch fremde Truppen in einem der allten Kulturlnder stehen, wrdig u. s. h. und nicht erziehend. Es lehnt wir auch die Befreiung erkennen, lo mchten wir doch eine vorzeitige Rummung nicht auf Kosten des Gesamtvolkes erditen: wir mchten die Belastungsfrften keinesfalls verfrzt wissen um den Preis wirtschaftlicher oder politischer Befreiung von unbegrenzter Dauer. Dabei setzen wir aber in die mitgebenden Stellen von Reich und Land das feste Vertrauen, das sie nach wie vor nachdrstlich einbringen fr die Erdringung der Rckwirkungen, die uns feierlich zugelagt und bisher nur allmwenig in die Erdringung getreten sind.

Zur wrdigsten Frage erstarrte der Oberprsdent: Die besiedelten Lnder, das die besetzten Gebiete ihre wrdigen des schweren Erzeugnisses verloren inmerdeutschen Absatzgebiete nicht wieder erlangen knnen, wollen nicht verflumen. Demgegenber drfen wir von dem von der Befreiung und sonstigen unmittelbaren Einwirkungen unserer ehemaligen Gegner verhoffen verflumenden Deutschland erwarten, das es fr unsere Lage ausreichendes Verknndnis zeigt. Vor allen haben wir auch Anlaf, darauf hinzuweisen, das wir kein unsicheres Ausland sind, von dem man sich vorstndig fernhlt. Unsere ausgezechneten Arie und herrlichen Sommerfriche sollen die deutschen Reisenden zum mitdeln gerade lo anziehen wie die ausstrischen Bder. Deutlich prgt sich im Verhltnis zu den nhrten Reichsteilen die besonders schlechte wirtschaftliche Lage der Provinz aus in der Verfassung des rheinischen Arbeitsmarktes. Die Rheinprovinz hat ber 236 000 Haupterfnungsmngler in der Erwerbslosheit und Arbernterfhrung, demnach 38 Erwerbslose auf das Tausend der Erwerbszahl gegen nur 33,2 im Reichsdurchschnitt.

## Magnit gegen Rummung des Rheinlandes.

Im Verlaufe einer ffentlichen Versammlung der Patriotenliga in Bar-le-Duc hat der ehemalige Kriegsminister Magnit das Wort ergriffen und sich gegen die Rummung des linken Rheinufers vor Ablauf der durch den Versailler Friedensvertrag festgelegten Fristen ausgesprochen, da eine derartige Rummung ein wahreres Verbrechen gegen das Vaterland und ein Verbrechen gegen Polen wre. Er sei nicht Gegner der deutsch-franzsischen Annherung, wenn auch das Wort Annherung in seinen Ohren schlecht klinge. Aber wenn diese Annherung mit der Aufhebung der franzsischen Besatzung fr die Verbeibaltung der franzsischen Truppen am Rhein.

## Amerika und der Weltkrieg.

Anllich des zehnten Jahrestages des Eintritts Amerikas in den Weltkrieg hat die New Yorker „World“ die Bedeutung dieses Ereignisses abelen. Von deutschen Persnlichkeiten wurde General Ludendorff: Das amerikanische Volk ist nicht in den Krieg eingetreten, sondern durch Wilson auf Befehl der Juden, Freimaurer und Jesuiten mittels einer Erzeugungsanordnung auf den Schlachtfeld und wie die Schlachtfeld angetrieben worden. Ma denen erklrt: Amerikas Eintritt entschied die Niederlage Deutschlands und schdigte dadurch ganz Europa. Der Friede ist jetzt nicht mehr gebrg als frher. Amerika hat zur Sicherung des Friedens die Verantwortung auf sich genommen und antwortet dem atengischen Engel frchten.

## ordatsfrage.

Die Ernennung des Reichsprsidenten.  
Die Ernennung des Reichsprsidenten.  
Die Ernennung des Reichsprsidenten.

den Religionsunterricht muss in eine Form gebracht werden, wodurch die letzte Entscheidung ber die Zahl der Religionsstunden, Lehrplan, Lehrbcher und dergleichen dem Staate verbleibt. Insbesondere darf dieser Einfluss der Kirche auf den Religionsunterricht nicht zu einer Kontrolle der Religionslehrer bersteigert werden.

## Die Begrenzung der Luftstreitkrfte.

Annahme eines schwebischen Vermittlungsvorschlages.  
Der Vorbereitungsanschluf der Vortragskonferenz in Genf einigte sich nach lngerer Ausprache ber die Begrenzung der Luftstreitkrfte auf einen schwebischen Vermittlungsvorschlag, demgemaf fr die Flugzeuge jedes einzelnen Staates in zwei Kolonnen Hchstdach einmal fr die Flugzeuge selbst und dann fr die Gesamtmotorenkrfte in vier Kolonnen und auerdem in einer dritten Kolonne fr die Luftschiffe eine Hchstdach fr das Gesamtvolumen vereinbart werden soll. Der Vermittlungsvorschlag, der sofort die entscheidende Untersttzung der amerikanischen und der deutschen Delegation gefunden habe und dem im Prinzip auch die meisten anderen Delegationen zustimmten, wurde schliech in erster Lesung unter Vorbehalten Englands, Italiens, Japans und Rumaniens angenommen.

## Mustergultiges deutsches Postwesen.

Jeder Deutsche schreibt jhrlich 120 Briefe.  
Auf der in Berlin stattfindenden Post- und telegraphenwissenschaftlichen Woche sprach Staatssekretar Zauke ber Kulturaufgaben der Post und Telegraphie. In seinen Ausfhrungen hob der Staatssekretar hervor, das Deutschland in bezug auf seine Postanstalten an zweiter Stelle in der Welt stnde. Vor ihm nachstehere nur noch Amerika. Auf 2000 Einwohner kommt in Deutschland jeweils ein Postamt und auf einen Einwohner kommen 120 Briefe im Jahr gegen 150 in Amerika. In verschiedenen Teilen Deutschlands allerdings er an fnfster Stelle. Die Spitze nehmen wieder die Vereinigten Staaten ein.  
Reichspostminister Dr. Schffel, der die Teilnehmer an der Tagung vorher begratigt hatte, vertrat in seiner Begruligungsansprache mit Nachdruck den Standpunkt des Berufsbeamtentums, das aber modern sein mufe. Die Post sei heute ein Ubrwerk, in dem auch der kleinste Teil sich dem Ganzen einordnen mufe. Nur so knne schliech eine ausreichende Entlohnung des Ganzen gewhrleistet werden.

## Knig Ferdinands Krankenlager.

Staatsreichplne des Ministerprsidenten.  
Die Nachrichten, die aus Butarek vom Krankenlager des Knigs Ferdinand kommen, sind sehr widersprechend. Wdhrend einige Meldungen davon wissen wollen, das der Krankenstand des Knigs zu direkten Befragungen einen Anlaf bietet, wissen andere Nachrichten dar-



ber zu berichten, das der Zustand des Knigs sehr ernst ist und das mit seinem Ableben taglich gerechnet werden muf.  
Der Pariser „Matin“ lft sich aus Butarek melden, das Ministerprsident General Weresen in Rumnien eine ganze Reihe von Mafnahmen durchgefuhrt, die in allen politischen Kreisen in Rumnien Argwohn hervorgerufen htten. Nach dem „Matin“ glaubt in Butarek niemand daran, das der im Jahre 1926 nach der Ehrenersagung des Prinzen Karol eingelegte Regenthschaft im Falle des Todes des Knigs die Regierung bernehmen knne.

## Politische Rundschau.

Deutsches Reich  
Die Ernennungslage in Deutschland.  
In einer Versammlung des Landesverbands-Parteilages der Deutschen Nationalen Volkspartei in Gelfenkirchen hielt Reichsminister fr Ernennung und Landvolkschaft Schiele eine Rede ber innen- und auenpolitische Gene-

